

Horst Hinz

Investitionslenkung zwischen Marx und Markt

Keine Unvernünftigkeit ist groß genug, als daß sie nicht unter dem Druck der politischen Verhältnisse durch eine noch größere ersetzt werden könnte. Genau diese Einsicht wird durch die aktuellen Vorschläge zur Preisniveaustabilisierung wieder einmal als richtig bestätigt: Da redet man behende von Lohn- und Preisstopps, „obwohl man ja weiß, daß das nichts nützt“ (Bundeskanzler *Brandt*). Und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, macht zum wiederholten Male den Vorschlag, Arbeitslosigkeit als Mittel zur Preisniveaustabilisierung einzusetzen — ganz wie in der von den Gewerkschaften angegriffenen „Gemeinschaftsdiagnose“ der Forschungsinstitute vom April dieses Jahres.

Es sind Symptomkuren, die hier vorgeschlagen werden, um ein Wirtschaftssystem zu retten, das unheilbar erkrankt zu sein scheint. Die Krankheit heißt: weltweite Degeneration der marktwirtschaftlichen Preisbildungssysteme. Die Mechanismen „sinkende Preise bei sinkender Nachfrage“ und „steigende Preise bei steigender Nachfrage“ bis hin zu einem — erhofften — „Gleichgewicht“ zwischen Angebot und Nachfrage bei stabilem Preisniveau sind längst außer Kraft gesetzt. So werden in der Bundesrepublik Deutschland wohl weit mehr als 50 Prozent der erzeugten Güter unter nicht marktwirtschaftlichen Bedingungen — also angebots- und *preisdirigistisch* — erstellt. Das heißt, „Markt- und Preissitua-

tion werden weitgehend von Kartellen und Konzernen in eigener Regie verwaltet" (Eugen Loderer).

Zur Illustration: Nach Schätzungen werden 1985 nur 200 bis 300 multinationale Unternehmen ungefähr 80 Prozent der Produktion der westlichen Welt kontrollieren. Die Umsätze der einzelnen Konzerne sind heute bereits größer als die Bruttosozialprodukte mancher Länder. Diese Kluft wächst permanent, da die Investitionen der Multinationalen zwei- bis dreimal schneller zunehmen als die Volkseinkommen der meisten Länder¹⁾. Derzeit gibt es rund 150 multinationale Unternehmen. Ihre Produktionsleistung wird auf 400 bis 500 Mrd. Dollar geschätzt; sie ist größer als das Sozialprodukt irgendeines Landes mit Ausnahme der USA und der Sowjetunion, und sie ist auch größer als der Wert des gesamten Welthandels von etwa 300 Mrd. Dollar (1970). Die Macht der Multinationalen erstreckt sich ebenso auf Regierungen wie auf das Weltwährungssystem: „Wahrscheinlich werden künftige Historiker des 20. Jahrhunderts die Geschichte multinationaler Unternehmen für wesentlich wichtiger halten als die Geschichte eines Staates wie etwa der Schweiz²⁾.“

Es ist klar, daß vor diesem Machtkomplex jede traditionelle Konzentrationskontrolle und Wettbewerbspolitik kapitulieren muß. Zumal im Sog der Monopolisten und Oligopolisten selbst kleine und kleinste Unternehmen die Absprachestrategien der Großen nachahmen; wobei Wirtschaftsverbände, Kammern, Innungen usw. die Abstimmung des Verhaltens „koordinieren“³⁾. Doch selbst wenn eine gewisse Reaktivierung des Wettbewerbs gelänge — was sicher nicht völlig auszuschließen ist —, blieben entscheidende Probleme ungelöst: Die Verschmutzung und Ausbeutung der Umwelt zugunsten privater Bereicherung und zu Lasten der Allgemeinheit hielte an. Die profitgesteuerte Produktion unnützer oder überflüssiger Güter für durch einen aufgeblasenen Werbeapparat manipulierte Verbraucher würde weitergehen. Damit werden für einen fragwürdigen privaten Reichtum knappe volkswirtschaftliche Reserven an qualifizierten Arbeitskräften und Rohstoffen verschleudert, die besser zur Beseitigung der öffentlichen Armut an z. B. Kindergärten und Schulen, Krankenhäusern und Straßenbahnen eingesetzt werden sollten. Nicht beseitigt würde auch das ewige Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft: Wie eh und je bliebe die Arbeitnehmerschaft dem Konjunkturzyklus unterworfen; wie bisher müßte sie sich in der konjunkturellen Flaute aus Angst um den Arbeitsplatz vor der Herrschaftsgewalt der Unternehmer ducken und dürfte sie sich in Zeiten der Hochkonjunktur ein Stückchen des vorenthaltenen Lohnes wiederholen — und auch das nur auf Grund und

1) Vgl. Charles Levinson: Die multinationalen Unternehmen — eine Herausforderung an die Gewerkschaften. Gewerkschaftliche Praxis, Nr. 6/1973.

2) Spiegel-Serie „ITT: Weltkonzern zwischen Politik und Profit“, in: Der Spiegel, Nr. 26-28/1973. — Vgl. auch die Artikelserie „Multinationale Unternehmen im Röntgenbild“ (Teil I-XIX), in: „Blick durch die Wirtschaft“ der FAZ von Juli bis September 1972.

3) Vgl. Prof. Rolf Knieper in der Frankfurter Rundschau v. 26. 6. 1973: Die eingeführte Fusionskontrolle wird in der Wirtschaft der Bundesrepublik die „Konzentrationsdynamik nicht brechen“; sie soll vielmehr der Kritik am „Fadenscheinigwerden des Schleiers über den gesellschaftlichen Machtverhältnissen“ begegnen.

mit Hilfe starker Gewerkschaften. Selbstbestimmung und Qualität des Lebens wären weiter unerfüllbare, fromme Wünsche.

Und schließlich zum akuten Notstand: Die weltweite schleichende Inflation hält an. In der Bundesrepublik nahm das Tempo des Preisanstiegs von Konjunkturzyklus zu Zyklus zu; die jahresdurchschnittliche Preisrate betrug im Zyklus 1953/57: 0,9 Prozent, im Zyklus 1958/62: 2 Prozent, 1963/67: 2,7 Prozent und 1968/72: 4,4 Prozent. Der machtbedingte Inflationssockel liegt zur Zeit vielleicht zwischen 4 und 5 vH. Mit dem Preiskarussell läuft das Konzentrationskarussell um die Wette: In den Jahren 1958/60 zählte das Bundeskartellamt 52 Fusionen von Unternehmen. 1961/66 waren es bereits 222 Zusammenschlüsse. 1967/69 notierte das Amt 263, im Jahr 1970 sogar 305 Fusionen und 1971 waren es 220, 1972 schließlich 269 Zusammenschlüsse und im ersten Quartal 1973 wurden bereits 98 Fusionen angemeldet. Die Vermachtung der Märkte hält also an und stärkt so die Basis, von der aus die Konzerne im Verteilungskampf um Finanzierungsmittel und reale Güter und Produktionsfaktoren operieren; ihre Hauptinstrumente dabei sind die Investitions- und Preisautonomie⁴). Genau bei diesen Instrumenten setzt die aktuelle weltweite Diskussion um mehr demokratische Kontrolle und mehr gesamtwirtschaftliche Rationalität im Wirtschaftsprozeß ein. In der Bundesrepublik setzte der SPD-Parteitag in Hannover den entscheidenden Akzent: Er beschloß die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, die Instrumente und Maßstäbe zur gesamtwirtschaftlichen Lenkung von Investitionen gemäß den demokratisch festgestellten Dringlichkeiten von individuellen und kollektiven Bedürfnissen ausarbeiten soll. Das liegt auf der Linie der Gewerkschafts-Konzeption zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Der vom Parteitag ausgelöste Diskussionsprozeß beginnt erste Früchte zu tragen⁵). Ausgangspunkt der Überlegungen ist ein zwar recht pauschal, aber als erster Ansatz und „Denkanstoß“ (Zinn) durchaus zweckmäßig formulierter Zielkatalog von sog. gesellschaftlichen Bedürfnissen. Der Zielkatalog bleibt allerdings im politik/rezew Bereich des Rein-Ökonomischen, d. h. die entscheidende, (macht-)politische Frage nach dem Rang des (immateriellen) Gutes „Entscheidungsbefugnis“ wird *innerhalb* des Zielkatalogs — wohin Entscheidungsbefugnisse als „Grundbedarf“, der z. B. auch durch Aktienkauf gedeckt werden kann, gehören — nicht aufgeworfen. Die Dringlichkeit der Bedürfnisse geht dann wohl aus der Rangordnung der vorgeschlagenen Bedarfsgruppen hervor:

1. Individueller Grundbedarf (z. B. Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung).
2. Öffentlicher Grundbedarf (z. B. Bildung, Verkehr, Medizin).
3. Gehobener Individualbedarf (z. B. Farbfernseher, Geschirrspüler).

4) Vgl. Horst Hinz: Strategien um Macht und Mitbestimmung. Die Neue Gesellschaft, 5/1973. — Theoretisches und empirisches Anschauungsmaterial zur weiteren Vermachtung der Märkte liefert der neueste Bericht des Bundeskartellamtes für 1972, Bundestags-Drucksache 7/986 Tom 5. 9. 1973.

5) Vgl. Karl Georg Zinn: Investitionskontrollen und -planung, in: Wirtschaftsdienst, 6/1973; und die Interviews mit K. G. Zinn/Norbert Wieczorek in: Konkret, 26/1973, und mit Werner Meißner in: Die Zeit, 16/1973.

4. Öffentlicher Zusatzbedarf (z. B. internationale Leistungen, wissenschaftliche Experimentalprogramme).
5. Privater Luxus (z. B. Villen mit Garten).

Um den politischen Charakter des Zielsystems deutlich herauszustellen, wäre man vielleicht besser von einer Rangordnung der Ziele ausgegangen, wie sie der letzte Geschäftsbericht für 1968 bis 1970 des Vorstandes der IG Metall bietet: „Im Konzept der Gewerkschaften haben größere Freiheit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit höchsten Rang. Im Bereich der Wirtschaftspolitik ergeben sich aus diesen Forderungen als oberste sozialökonomische Ziele *erstens* die Demokratisierung der Wirtschaft als Ausdruck größerer Freiheit für alle Produzenten, *zweitens* Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für die Lösung der Gemeinschaftsaufgaben und für weitere Einkommensmehrung, *drittens* größere Verteilungsgerechtigkeit als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit und *viertens* Vollbeschäftigung als Garantie für soziale Sicherheit. Damit durchaus zu vereinbaren sind nach gewerkschaftlicher Auffassung Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht.“ Nach dem IG Metall-Zielkatalog könnte man unter dem ersten Satz die Rahmenbedingungen diskutieren: Wann, wie und wo finden die Entscheidungsrechte des Parlaments in das „ökonomische System“ unter Berücksichtigung seiner Einbettung ins gesellschaftliche Beziehungsgefüge Eingang? Unter Ziffer „erstens“ wäre dann im Bereich der Wirtschaft dem Gut „Freiheit“ bzw. seinen Synonymen „Selbstbestimmung“ oder „Entscheidungsbefugnis“ für *alle* Wirtschaftssubjekte die höchste Priorität in der Rangskala zuzubilligen. Erst hiernach rangieren dann die von *Meißner*, *Zinn* und *Wieczorek* vorgeschlagenen Bedarfsgruppen.

Diese Umorganisation des Zielsystems hat Folgen für die von den drei Autoren vorgeschlagene Institutionalisierung der gesamtwirtschaftlichen Investitionslenkung. Doch zuerst deren Vorschlag zur praktischen Durchsetzung ihres Zielkatalogs; notwendig seien:

1. Ein *Bundesamt für Investitionskontrolle*. Analog zum Bundeskartellamt registrieren, prüfen, genehmigen oder verwerfen gemäß bestimmten Kriterien Fachleute die angemeldeten Investitionsvorhaben.
2. Ein *wissenschaftliches Institut*, das dem Parlament angegliedert sein könnte. Hier sollen etwa 100 Wissenschaftler verschiedener Fachgebiete unter Mitarbeit der statistischen Ämter Alternativ-Rechnungen für gesellschaftswirtschaftliche Entwicklungspläne erstellen, die dann als Entscheidungs-Unterlage dienen.
3. *Einrichtungen zur Demokratisierung der Planungsvorgaben*. Dem Parlament sollen die Entscheidungen über die Prioritäten der Bedarfsstruktur und über die Kriterien, nach denen investiert wird, vorbehalten bleiben. Als Informationssammelstellen, die die aktuellen Bedarfsstrukturen dem Parlament anzeigen, sollen Basis-Organisationen dienen wie Gewerkschafts- und Parteikommissionen, institutionalisierte Bürgerinitiativen und die von den Gewerkschaften geforderten Wirtschafts- und Sozialräte.

Wie wird nach Ansicht der Autoren dieses Investitionslenkungssystem funktionieren? Zuerst müßten Investitionen ab einem bestimmten Umfang mit genauer Produktbeschreibung und nach Größenklassen geordnet dem Bundesamt zur Genehmigung vorgelegt werden. Mit der Größenklasse steigt die Intensität des Verfahrens; „kleine Fische“ läßt man laufen. Die relevanten Investitionen müßten dann zwei Kriterien genügen: 1. Es muß der jeweiligen *Knappheit* von Arbeitskräften, Rohstoff, Maschinen usw. Rechnung getragen werden. 2. Es muß die *Vereinbarkeit* mit dem jeweiligen vom Parlament bestätigten Zielsystem gewährleistet sein. Die Nichteinhaltung der Kriterien müßte — analog der Praxis des Kartellamtes — zu Strafen führen, die bis hin zu direkten Eingriffen des Staates reichen können. Als ein zentrales Problem im Investitionslenkungsprozeß wird ganz richtig die *Festlegung der Prioritäten des Zielsystems* erkannt. Die demokratisch nicht kontrollierte Manipulation des Konsumenten soll jedenfalls verhindert werden: „Durch einen gesellschaftlichen Diskussionsprozeß vor allem auf der Gewerkschafts- und Parteien-Basis müssen die Prioritäten zumindest in ihren groben Aussagen festgelegt und dem Parlament vorgegeben werden“ (Wieczorek).

Die Neigung der Autoren, vor allem die Erstellung (weniger die Verwirklichung) des Zielsystems zu behandeln, erweckt erstens den Verdacht, sie hätten — wie die Marktwirtschaftsideologen — die Idee eines „am dringlichsten benötigten“, also „optimalen“ Bedarfs der Gesellschaft im Sinn. Solche „Optimum-Thesen“ sind unrealisierbar⁶); das gilt für alle Plan- und Marktwirtschaften. Zweitens wird außer dem Realisierungsprozeß auch die Bedeutung des „Grundbedarfs“ an Demokratisierung vernachlässigt: Selbst im demokratischsten System muß die Investitionsentscheidung in eigener Verantwortung (!) getroffen werden. Gerade deshalb liegt hier der zentrale Ansatz für den Demokratisierungshebel: Entweder jeder entscheidet mit oder man institutionalisiert — im Gegensatz zu nichtdemokratischen Systemen — die Möglichkeit, den Entscheidenden abuberufen, wenn seine Entscheidung auf Kritik und Widerspruch der Mehrheit stößt.

Die Autoren haben das *Abberufungsproblem* erkannt und dadurch gelöst, daß sie einfach das Parlament zum obersten Investitionsentscheider machten. Damit dürfte das Parlament entweder überfordert werden oder es reagiert mit technokratischen Dirigismen. Beides würde die Verwirklichung des Zielsystems sicher behindern: In der Tat könnten hier unerwünschte zentralistische Tendenzen begünstigt werden, wie z. B. das Handelsblatt es befürchtet (26. 7. 73, S. 2). Aber Unsinn ist natürlich die ebenfalls dort aufgestellte Behauptung „Investitionslenkung ist undemokratisch“ — das mag eher für den heutigen Zustand gelten. Es gilt also, das Parlament mit neuen Aufgaben nicht zu überlasten. In die Zuständigkeit des Parlaments müßte z. B. die verbindliche Festlegung des Zielsystems in Form von Bandbreiten für mehr oder weniger allgemeine Produktions-

6) Vgl. Gunnar Myrdal: Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung. Hannover 1963 (1. Aufl. 1932); und Hans Albert: Ökonomische Ideologie und politische Theorie. Göttingen 1972 (1954).

trends fallen, ergänzt durch ein breitangelegtes System sozialer Indikatoren, die das angestrebte Ziel einer allgemeinen Verbesserung der Qualität des Lebens kontrollierbar und überprüfbar widerspiegeln. Die Tarifautonomie müßte und könnte davon unberührt bleiben.

Ein Teil der hieraus resultierenden Aufgaben würde der *Regierung* zufallen: z. B. die Überwachung einer verschärften Wettbewerbsgesetzgebung; die Verbesserung der Verbraucherinformation und des Verbraucherschutzes i. S. etwa der Vorschläge des Bundeskartellamtspräsidenten⁷); die Beaufsichtigung eines Bundesamtes für Investitionskontrolle, dessen Kompetenzbereich eventuell auch dadurch kleiner gehalten werden kann, daß ein Teil des heutigen 20-Mrd.-DM-Werbefonds von Privaten gezielt umgelenkt wird auf die Werbung z. B. für weiterführende Schulen mit der Zielgruppe „Arbeitnehmer“ (indirekte Konsumlenkung)⁸); eine gezielte öffentliche Auftragsvergabepolitik, die spezielle Höchstpreise dem privaten Auftragnehmer vorgibt und bei Nichteinhaltung der Auftragsbedingungen die Aufträge storniert und dann ggf. in eigener Regie die Angebotskapazität im betreffenden Bereich ausweitet; die Verknüpfung der öffentlichen Investitionshilfen mit laufender Kosten- und Ertragskontrolle; die Kontrolle der Einhaltung bestimmter sozialer Indikatoren und Umweltschutzvorschriften im privaten Produktions- und Kalkulationsprozeß mit dem Ziel, nicht den kapitalorientierten Gewinn als Richtschnur unternehmerischer Entscheidungen zu konservieren, sondern einen gesellschaftsorientierten *Sozialprofit* als Ziel jedes Unternehmerhandels zu erzwingen, ohne den „Markt“ abzuschaffen⁹).

Der größere Teil der Aufgaben könnte in die Verantwortung von *paritätisch besetzten Unternehmen und Wirtschaftsräten* auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene fallen; sie sind die entscheidenden Informations-, Durchsetzungs- und Kontrollorgane. Branchenräte und -ausschüsse und die Durch-Demokratisierung der Unternehmen und Verbände „von Kopf bis Fuß“ könnten die Suche nach Problemlösungen intensivieren: Güter sind Problemlösungen für Verbraucher und an ihrer Produktion sind sämtliche Organisationsstufen beteiligt, nicht nur die „Spitzen“.

Die „Öffentlichkeit“ des Unternehmerverhaltens infolge der demokratischen Strukturierung der betrieblichen und überbetrieblichen Interaktionen (bis hin zur laufenden Einsicht in z. B. die Preiskalkulationen) ersetzt sicher weitgehend einen bürokratischen (Preis-)Überwachungsapparat in der Hand etwa des Bundesamtes für Investitionskontrolle.

Die Abschaffung des Marktes wird hierbei ebenfalls nicht vorausgesetzt. Der dezentrale Entscheidungsmechanismus des Marktes wird im Gegenteil als äußerst

7) Eberhard Günther/H. Petry: Verbraucherpolitik, Ziele, Mittel und Träger. In: Marktwirtschaft, 2/1973.

8) So Manfred Krüper: Gesamtwirtschaftliche Investitionslenkung. Gewerkschaftliche Umschau, 4/1973.

9) Vgl. hierzu Meinolf Dierkes: Quality of Life. Ober ein gesellschaftsbezogenes Rechnungssystem. Wirtschaftswoche, 30/1973.

zweckmäßig anerkannt, auch unter politischem Aspekt. Denn der Markt ist prinzipiell „herrschaftslos“ strukturiert, d. h. jeder Marktteilnehmer folgt grundsätzlich eigenen, nicht ihm „von oben“ vorgegebenen Zielen. Allerdings muß eingesehen werden, daß die Probleme der Infrastruktur und die Vermachtung mancher Märkte zu *Nicht-Markt-Lösungen* zwingen, wenn das vom Parlament vorgegebene globale Zielsystem realisiert werden soll¹⁰). Ein Teil der Lösungen könnte in der Simulation von Märkten bestehen, ein anderer Teil in der Delegation von Aufgaben, die aus dem Zielsystem abgeleitet sind. Neuere Untersuchungen ergeben, daß auch in Nicht-Markt-Systemen sozialer und technischer Fortschritt nicht aufhören müssen¹¹). Dabei scheint in allen Systemen die demokratische Strukturierung sämtlicher Aktivitätsebenen die Voraussetzung zur Verwirklichung des obengenannten Zielsystems zu sein.

Demokratisierung schafft nämlich die Bedingungen, unter denen jene Personen Handlungsspielraum erhalten, deren Streben nach Selbstverwirklichung oder auch „Bedürfnis nach Leistung“ (*McClelland*¹²) den sozialen und technischen Fortschritt in Gang hält, mit anderen Worten: die Lern- und Leistungsfähigkeit der Systeme; im Marktwirtschaftssystem fällt diese Aufgabe angeblich dem (Preis-)Wettbewerb zu. Diese Personen sind eher an ihrer Leistung als an materieller Entlohnung (Lohn und Profit) interessiert. Geld wird nur als „Maß der Leistung“ und Leistungsanerkennung gewertet. Solche Personen versuchen vor allem, alles anders zu machen als bisher; sie sind ein wesentlicher Faktor bei der Veränderung der Gesellschaft, bei der Abschaffung ihrer Mißstände. Ausdrücklich bestätigt *McClelland* die These, daß „Egoismus“ im landläufigen Sinn bei Leuten mit hohem Leistungsbedürfnis keine Rolle spielt. Ihnen sei es vor allem um die Lösung der Probleme zu tun, nicht darum, ob sie für sich arbeiteten oder für die Gruppe. Ihre Leistungsbefriedigung erwachse aus dem Gefühl, „die erfolgreiche Leistung initiiert zu haben“ (S. 222). Allerdings „brauchen sie irgend ein Maß für das, was sie leisten, und sie brauchen die Freiheit, Entscheidungen darüber zu treffen, was zu tun ist, sonst können sie keine Befriedigung aus ihrem Erfolg gewinnen“ (S. 222). Es sei richtig, „daß der einzelne eine gewisse Freiheit und Verantwortlichkeit bei der Hervorbringung und Auswahl bestimmter Handlungen haben muß; aber es ist nicht richtig, daß er dabei deshalb unbedingt für sich selbst anstatt für ein Gruppenunternehmen arbeiten muß. ‚Individuelle Verantwortung für die Handlung‘ und ‚Arbeiten für sich selbst‘ dürfen nicht miteinander verwechselt werden“ (S. 223). Um Entscheidungsfreiheit und Verantwortungsmöglichkeit zu erhalten, streben die „Leister“ — soweit sie Unternehmer sind — in privatkapitalistischen Gesellschaften nach Privateigentum an den Pro-

10) Zur Diskussion der Vorzüge des Marktes vgl. Dieter Schröder: Wachstum und Gesellschaftspolitik (Prognostudien) Stuttgart—Berlin—Köln—Mainz 1971.

11) Gerd Fleischmann: Wettbewerb und Innovation. Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1972, S. 31 ff. — Vgl. auch Guntram von Schenck: Leistung durch Demokratisierung. Die Neue Gesellschaft, 12/1972.

12) David *McClelland*: Die Leistungsgesellschaft. Stuttgart—Berlin—Köln—Mainz 1966 (engl. 1961). — Vgl. auch Edith Zimmermann: Leistungsgesellschaft — wie und wozu? Der Gewerkschafter, 7/1973, S. 270-272.

duktionsmitteln. Können sie entsprechende Befugnisse durch andere institutionelle Arrangements erhalten — wie z. B. die Manager in der UdSSR —, dann ist es für sie „nicht entscheidend wichtig, die Produktionsmittel selbst zu besitzen“ und es zeigt sich „kein Unterschied in der Leistung bei der Arbeit für sich selbst und bei der Arbeit für die Gruppe“ (S. 250).

Die „Leister“ vor allem sind die Träger der Demokratisierungsforderung; sie sind das Rückgrat des sog. neuen Mittelstandes, in dem der Anteil der qualifizierten Facharbeiter und Angestellten ständig wächst. Diese Erkenntnisse beweisen die Vereinbarkeit von „Demokratie und Effektivität“; ihre Institutionalisierung könnte — auch ohne den Markt — die „Flexibilität und Vielfalt, Initiative und Dynamik“ (Willy Brandt) der gesellschaftswirtschaftliche Prozesse auch in Zukunft gewährleisten.